

## Halles OB Wiegand bleibt suspendiert

**Magdeburg.** Halles früherer Oberbürgermeister Bernd Wiegand (parteilos) bleibt weiterhin suspendiert. Das Oberverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt lehnte eine Beschwerde gegen einen früheren Beschluss des Verwaltungsgerichts Magdeburg ab. Die vorläufige Dienstenthebung erweise sich nach wie vor als verhältnismäßig, teilte das Oberverwaltungsgericht am Mittwoch mit.

Wiegand war im Juni 2021 vorläufig seines Dienstes entzogen worden. Ihm werden nach Angaben des OVG mehrere Pflichtverstöße vorgeworfen. Unter anderem soll er gegen die in der Corona-Impfverordnung vorgesehene Impfreihenfolge verstoßen haben. Wiegand selbst hält die Vorwürfe gegen sich für konstruiert und nicht ausreichend für die Aufrechterhaltung seiner Suspendierung. Aus seiner Sicht hat er keine juristischen Verfehlungen begangen.

## Polizei stoppt Schleuser

**Kodersdorf.** Ein mutmaßlicher Schleuser mit zehn eingeschleusten Menschen in seinem Wagen hat auf der A4 bei Kodersdorf (Landkreis Görlitz) versucht, vor der Bundespolizei zu fliehen. Eine Streife wollte den Wagen des 24-Jährigen am Dienstagvormittag kontrollieren, wie die Bundespolizei am Mittwoch mitteilte. Statt der Polizei von der Autobahn zu folgen, gab der Verdächtige Tempo. An einer Raststätte scherte der Wagen aus und fuhr auf den Parkplatz.

Der Fahrer lief laut Bundespolizei in ein Maisfeld, konnte aber gestellt werden. Bei der Suche nach ihm kamen ein Hubschrauber und ein Polizeihund zum Einsatz. An Bord des Wagens befanden sich acht Männer und zwei Jugendliche aus Syrien. Der mutmaßliche Schleuser wurde einem Richter vorgeführt, der eine Untersuchungshaft anordnete.

## Kleinflugzeug stürzt auf Lagerhalle

**Großenhain.** Im sächsischen Großenhain ist ein Kleinflugzeug auf eine Lagerhalle gestürzt. Auf dem Gelände in der Stadt nördlich von Dresden sei eine tote Person gefunden worden, teilte die Polizei am Mittwoch mit. Unmittelbar nach dem Absturz sei ein Brand entstanden, den die Feuerwehr gelöscht habe. Angaben zur Identität des Toten lagen zunächst nicht vor. Die Ermittlungen zur Absturzursache hat die Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung übernommen. Der Unfall ereignete sich laut Polizei gegen 12.15 Uhr.

## Unbekannte stehlen 2,5 Tonnen Mais

**Crinitzberg.** Unbekannte haben im Landkreis Zwickau in den vergangenen zwei Wochen schätzungsweise 2,5 Tonnen Maiskolben im Wert von rund 600 Euro von einem Feld gestohlen. Der Besitzer hatte am Montag neben seinem Feld in Crinitzberg im Ortsteil Lauterhofen ein Auto mit einem Anhänger bemerkt, wie die Polizei am Mittwoch mitteilte. Als er sich dem Fahrzeug näherte, flüchtete ein Unbekannter mit dem Auto.



Wie teuer wird das Schnitzel nach Anhebung der Mehrwertsteuer? Sie soll wieder von sieben auf 19 Prozent steigen. Wird das Essen in Restaurants ab Januar 2024 für viele Gäste dann unbezahlbar?

FOTO: GEWERKSCHAFT NAHRUNG-GENUSS-GASTSTÄTTEN

# Wirte warnen vor großem Sterben der Landgasthöfe in Sachsen

Für viele Betriebe wäre eine höhere Mehrwertsteuer das Ende. Auch Kitas und Schulen wären betroffen.

Von Roland Herold

**Leipzig.** Ob Lampertswalde, Limbach, Beilrode oder Naundorf – 37 Gemeinden in Sachsen haben mittlerweile keinen eigenen Landgasthof mehr. Weiteren 176 Orten droht das gleiche Schicksal, wenn ab 2024 tatsächlich der im Zuge der Coronapandemie reduzierte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent für den Verzehr von Speisen wieder auf 19 Prozent steigen würde, warnt der Sächsische Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga).

### 1452 Gasthöfe schlossen in den vergangenen beiden Jahren

„Sachsen hat in den vergangenen beiden Jahren 1452 Gasthöfe verloren, im Schnitt drei pro Gemeinde“, sagt Dehoga-Hauptgeschäftsführer Axel Klein. Während man in Großstädten wie Leipzig und Dresden dann einfach zur nächsten Gaststätte flanieren könne, gingen auf dem flachen Land nicht nur die Lichter im Gasthof aus. „Wir beliefern ja schließlich auch noch eine Schule und zwei Kindertagesstätten mit Essen“, erinnert Frank Köhler, Küchenchef eines solchen Gasthofs. Der „Grotzcher Hof“ in Klipphausen (Kreis Meißen) ermögliche kurze Lieferwege und regionales Essen. Davon profitiere auch der Bäcker um die Ecke mit seinen bei den Kindern so beliebten Buchteln, gebacken mit heimischem Dinkel und Weizen. Würde die Mehrwertsteuer erhöht, müssten noch mehr Eltern

ihre Kinder vom Schulessen abmelden, glaubt Köhler. Was für ihn das Angebot unattraktiv macht: Denn von den 4,10 Euro fürs Schulessen gehen jetzt schon ein Euro an die Zeitarbeitsfirma, die das Essen aussteilt, und die Mehrwertsteuer an den Staat. „Bleiben also 2,80 Euro pro Portion für Ware, Energie und Personal.“

### Touristen essen gern in Tschechien und Polen

Branchenverband und Gasthofbetreiber warnen deshalb vor einer drohenden „Katastrophe für die Betriebe“ und einem „Preisschock für die Gäste“. Dass dies kein Jammern auf hohem Niveau ist, zeigen Zahlen des Statistischen Landesamtes. Danach lag im Mai der Umsatz der Gastronomie in Sachsen mehr als 15 Prozent unter dem des Jahres 2019. Und dies bei seither gestiegenen Energie-, Material- und Personalkosten. Bei Lebensmitteln um 17,2 Prozent, bei Energie um 21,1 Prozent und beim Personal um 21,5 Prozent. Gleichzeitig wurden die Preissteigerungen aber nur mit 9,4 Prozent an die Gäste weitergegeben.

„Hier geht es nicht nur um eine bloße Haushaltsentscheidung“, sagt Dehoga-Geschäftsführer Klein in Richtung Bundesregierung. Vielmehr handele es sich um die strategische Ausrichtung für die Versorgung der sächsischen Bevölkerung. „Das Sterben der Landgasthöfe ist nicht nur ein finanzielles, sondern



Wir dürfen uns nichts vormachen: Wird die Mehrwertsteuer erhöht, gibt es alles in allem Preissteigerungen von rund 20 Prozent.

Jens Ellinger,  
Chef des Ellodus Resort  
in Oberwiesenthal

auch ein kulturelles und vor allem ein gesamtgesellschaftliches Problem“, sagt auch Jens Ellinger, Chef des Ellodus Resort in Oberwiesenthal. Wer bei ihm Hochzeit oder Schulanfang feiern will, muss das drei Jahre zuvor anmelden. „Kein Wunder, denn allein an der Landstraße von Chemnitz bis Oberwiesenthal haben vier Landgasthöfe dichtgemacht“, konstatiert er. Fahre man hingegen über die Grenze nach Tschechien oder Polen, stünden dort auf den Parkplätzen vor den Gaststätten Autos mit sächsischen Kennzeichen, weil die Preise in den Nachbarländern noch immer geringer sind.

### Dehoga-Präsident fordert Hilfsprogramm

„Wir dürfen uns nichts vormachen“, sagt Ellinger. „Wird die Mehrwertsteuer erhöht, gibt es alles in allem Preissteigerungen von rund 20 Prozent.“ Rund drei Viertel der Betriebe in Sachsen halten derart massive Erhöhungen aber für nicht durchsetzbar und fürchten die Entlassung von Personal, das Einrichtungen verkürzter Öffnungszeiten sowie ein verringertes Speiseangebot. „Das sind keine leeren Worthülsen, sondern hängt mit der geringeren Kaufkraft der sächsischen Bevölkerung zusammen“, ergänzt Klein. Daher solle die niedrigere Mehrwertsteuer auch nicht nur über einige Jahre hinweg, sondern unbefristet gelten.

Für den sächsischen Dehoga-

Präsidenten Axel Hüpkes bedarf es darüber hinaus aber weiterer Maßnahmen, weil das Sterben der Landgasthöfe auf diesem Weg lediglich verlangsamt, nicht aber gestoppt werde. „Wir brauchen eine Initiative von Bundes- oder Landesregierung, um eine Umkehr des Trends zu erreichen.“ Dazu zählt Hüpkes beispielsweise die Förderung bei Generationswechseln der Gasthof-Eigentümer. Jungen Leuten dürften keine bürokratischen Hürden in den Weg gelegt werden. Stattdessen müssten großzügige Kredithilfen beispielsweise über die Sächsische Aufbaubank her, um finanziell schwierige Perioden zu überstehen. Hüpkes: „Ansonsten wird es keine Umkehr geben.“

### Sachsen will im Bundesrat Druck machen

Die sächsische Landesregierung hatte in der vergangenen Woche angekündigt, eine Initiative in den Bundesrat einzubringen, um die ermäßigte Mehrwertsteuer zumindest bis 2026 beizubehalten. Auch Mecklenburg-Vorpommern will in dieser Richtung aktiv werden. Zuvor war ein entsprechender Antrag von CDU/CSU im Finanzausschuss des Bundestages gescheitert. Die Fraktionen von SPD, Grünen und FDP begründeten das mit den Folgen für den Bundeshaushalt, dem auf diesem Weg 3,3 Milliarden Euro entzogen würden, und mit der angespannten Haushaltssituation.

## Razzia wegen gefälschter Pässe

Gut 160 Beamte der Bundespolizei haben am Mittwoch in Sachsen und Thüringen Wohnungen durchsucht.

**Leipzig.** Ein Großaufgebot der Bundespolizei hat am Mittwoch unter anderem in Leipzig mehrere Wohnungen durchsucht, weil dort gefälschte Dokumente vermutet wurden. Wie Sprecher Maik Fischer der LVZ erklärte, stehen die Ermittlungen der Leipziger Staatsanwaltschaft auch im Zusammenhang mit illegalen Grenzübertritten – sogenannter Schleuserkriminalität. „Bei den Beschuldigten handelt es sich um Personen, die illegale Dokumente bestellt hatten“, so Fischer weiter. Die Durchsuchungsmaßnahmen fanden demnach in neun Wohnungen, verteilt über das gesamte Stadtgebiet statt. Dazu wurden auch im nordsächsischen Oschatz,

im vogtländischen Adorf und in der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt jeweils eine Wohnung durchsucht. Die Ermittler hatten Hinweise, dass sich dort gefälschte Personalausweise, Führerscheine oder Grenzübertrittsdokumente befänden. „Bei den angetroffenen Personen konnten vereinzelt auch solche Dokumente sichergestellt werden“, so der Polizeisprecher weiter.

Die Maßnahmen hätten sich gegen zwölf Personen im Alter zwischen 23 und 48 Jahren gerichtet. Neben einem deutschen Staatsbürger seien darunter acht afghanische sowie jeweils eine Person aus Georgien, dem Irak und der Türkei gewesen. Abgesehen von einer Frau wa-



Polizisten kommen bei einer Hausdurchsuchung aus einem Gebäude (Symbolbild).  
FOTO: CHRISTOPH SOEDER

ren alle Beschuldigten Männer. Festnahmen gab es nicht, so Fischer.

Bislang hätten sich die Durchsuchungen ausnahmslos gegen Besteller und Käufer von gefälschten Dokumenten gerichtet. Inwieweit die Ermittler auch bereits den Urheber der Fälschungen auf der Spur sind, dazu wollte die Polizei am Mittwoch keine Angaben machen. Auch zum Vertriebsweg der Dokumente sowie zu den Hintergründen hielten sich die Ermittler noch bedeckt.

Bei den Razzien am Mittwoch seien insgesamt 160 Beamtinnen und Beamte der Bundespolizeidirektionen Halle und Leipzig zum Einsatz gekommen.